



HEINZ JOSEF ALGERMISSEN  
BISCHOF VON FULDA

## Erklärung des pax christi-Präsidenten Bischof Heinz Josef Algermissen, Fulda, zum Hiroshima-Tag am 6. August 2011

---

### **Atomare Katastrophe mahnt zur Abrüstung**

*„Während man riesige Summen für die Herstellung immer neuer Waffen ausgibt, kann man nicht genügend Hilfsmittel bereitstellen zur Bekämpfung all des Elends in der heutigen Welt... Der Rüstungswettlauf ist eine der schrecklichsten Wunden der Menschheit, er schädigt unerträglich die Armen. Wenn hier nicht Hilfe geschaffen wird, ist zu befürchten, dass er eines Tages all das tödliche Unheil bringt, wozu er schon jetzt die Mittel bereitstellt.“ (2. Vat. Konzil, Konstitution „Kirche in der Welt von heute“, Gaudium et Spes, Nr. 81).*

Die Jahrestage der bisher weltweit einzigen Einsätze von Atombomben gegen die Städte Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945 sind für uns bleibende Mahnung, an den Tod vieler Unschuldiger zu erinnern.

In das Gedenken schließen wir in diesem Jahr auch die Menschen ein, die unter den Folgen der Atomkatastrophe in Fukushima leiden oder dadurch ihr Leben verloren haben. Die verheerenden Schäden für Mensch und Natur, die der atomare Super-Gau des Atomkraftwerkes Fukushima angerichtet hat, mahnen dazu, uns der Risiken und Gefahren jeder Nutzung von Atomkraft, ob zivil oder militärisch, neu bewusst zu werden. Die schrecklichen Schäden an den Atomreaktoren Fukushimas infolge der Naturkatastrophe haben die Menschheit erneut eindringlich über die Unbeherrschbarkeit der Atomkraft belehrt. Die politische Entscheidung zum Wiedereinstieg in den Atomausstieg ist deshalb nur folgerichtig. Konsequente Schritte der Förderung erneuerbarer Energie müssen folgen. Die Gefahr, die von der unbeherrschbaren Atomenergie ausgeht, ist um ein Vielfaches größer als der erhoffte Nutzen für die Menschheit. Wir Menschen müssen Bescheidenheit und Selbstbescheidung lernen, die uns befähigen zu erkennen, dass nicht jeder technische Fortschritt einen Nutzen für die Menschheit bedeutet.

Deshalb bleibt die Abrüstung der Atomwaffen ein Projekt, das größter Aufmerksamkeit bedarf. Die Gefahr von Atomwaffen besteht nicht erst beim Einsatz, sondern bereits während der Produktion und Lagerung und erst Recht bei Tests dieser Waffen. Unfälle und Fehler sind nicht zu vermeiden, weil der Mensch nicht unfehlbar ist. Atomwaffen töten massenhaft und verursachen dauerhafte Schäden an den natürlichen Lebensgrundlagen. Daher ist es notwendig, immer wieder deutlich zu machen, dass Atomwaffen, die auf die Vernichtung ganzer Städte oder weiter Gebiete und ihrer Bevölkerung angelegt sind, Verbrechen

gegen Gott und gegen den Menschen darstellen, die fest und entschieden zu verwerfen sind (vgl. Gaudium et Spes, Nr. 80).

Die Erfolge der Kontrollvereinbarungen, die in den vergangenen Monaten zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Russland erzielt wurden, sind sehr zu begrüßen. Doch weiterhin sind Atomwaffen nicht nur vorhanden, sondern werden auch modernisiert. Es ist erschreckend zu beobachten, dass jeder Abrüstungsschritt derzeit von einem Aufrüstungsschritt konterkariert wird. Denn die strategischen Langstreckenraketen werden in den USA bereits mit neuen modernisierten Sprengköpfen bestückt. Für die taktischen Kurzstreckenraketen, die in Europa stationiert sind, hat die Forschung und Entwicklung zu deren Modernisierung begonnen. Auf dieses in der Bundesrepublik am Standort Büchel gelagerte Waffenarsenal kann und muss verzichtet werden. Es gibt keine weitere Rechtfertigung für ihre Beibehaltung oder Modernisierung, sie sind ein Relikt des kalten Krieges, ein Waffensystem, das, auf einer Logik der Abschreckung beruhend, die Sicherheit in Europa nicht garantieren kann.

Eine Zukunft ohne Atomwaffen liegt nicht nur im europäischen Interesse, sondern ist auch eine Perspektive für die ganze Menschheit. Deren Ächtung bzw. Verbot müssen als Teil eines Menschenrechts auf umfassende Sicherheit verstanden werden. Der Weg dahin ist durch internationale Vereinbarungen über konkrete Zeitpläne und Prozeduren der atomaren Abrüstung zu ebnen. Daher ist eine UN-Nuklearwaffenkonvention anzustreben, die gerade auch in solchen Gebieten wie dem Mittleren und Nahen Osten eine atomwaffenfreie Zone völkerrechtlich ermöglichen würde.

Angesichts dessen fordert pax christi von der deutschen Bundesregierung:

- den Abzug der noch in der Bundesrepublik gelagerten Atomwaffen endlich durchzusetzen und eventuell geplante Modernisierungen abzulehnen;
- mit Russland nicht nur Formen guter wirtschaftlicher Zusammenarbeit anzustreben, sondern auch auf eine gemeinsame Sicherheit durch atomare Abrüstung hinzuwirken;
- auf die NATO-Doktrin einzuwirken wie auch die eigenen militärpolitischen Konzepte dahingehend zu verändern, dass ein Ersteinsatz (Erstschlagkapazität) und eine nukleare Teilhabe aufgegeben wird;
- sich in der Vorbereitung der Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages 2015 für eine Atomwaffenkonvention einzusetzen.

Berlin/Fulda, 2. August 2011

+ *Heinz Josef Algermissen*  
Präsident von pax christi Deutschland  
Bischof von Fulda